bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 24 | 23. November 2007

Rechte Szene 2

Kandidatenkür
Im niedersächsischen Wahlkampf muss sich die NPD auf politisch unberechenbare Neonazis mit unrühmlichem Vorleben verlassen.

In Auflösung
Die Deutsche Partei zerlegt sich selbst.

Symbolisches Datum
Rechtsextremisten marschieren zum Volkstrauertag auf.

Seitenblick 5

Ungebetene Gäste
Betreibergesellschaft des Congress Center Hamburg (CCH) wehrt sich gegen die DVU.

Ausland 6

Vorwürfe und Beleidigungen
Die rechtsextreme Fraktion im Europaparlament hat sich aufgelöst – Nationalismus ist stärker als die „europäische Identität“.

Militanter „Widerstand“
Die braune Szene in Tschechien umfasst rund 5000 Personen – Kontakte gibt es zu bundesdeutschen Rechtsextremisten.

Grauzone 8

Im Zwielicht
Rechte Karriere eines Wissenschaftlers.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Fluchtziel New York
Zahlreiche Verfolgte des Naziregimes konnten mit Hilfe organisierter Rettungsaktionen nach Übersee gelangen – eine Ausstellung und der Begleitband veranschaulichen die Situation der Exilanten.

Der Wilhelmstraße-Prozess
Der letzte Versuch vor 60 Jahren, hohe Funktionäre die NS-Staates zur Verantwortung zu ziehen, ist weitgehend gescheitert.

Meldungen 11

Rechte Szene

Kandidatenkür

Im niedersächsischen Wahlkampf muss sich die NPD auf politisch unberechenbare Neonazis mit unrühmlichem Vorleben verlassen.

Das Wochenende Mitte November stand für die niedersächsische NPD und die Freien Nationalisten ganz im Zeichen der kommenden Landtagswahl im Januar 2008. Am Samstag, den 17. hielten ab 9.00 Uhr rund 100 Neonazis eine Kundgebung in Georgsmarienhütte bei Osnabrück ab. Dort möchte Jörg Fischer aus Vechta als Direktkandidat antreten, gegen ihn läuft nach mehreren Hausdurchsuchungen ein Verfahren wegen Bildung einer bewaffneten Gruppe. Gemeinsam mit seinem Kameraden Christian von Velsen organisierte Fischer auch die anschließend stattfindende zweite Kundgebung in seinem Wohnort Vechta. Fischer und von Velsen sind beide in der für die Kinder- und Jugenderziehung im braunen Lager zuständige „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) aktiv.

An diesem Samstag läuteten die Glocken von St. Georg in der Vechtaraner Innenstadt zur vollen Stunde besonders lange. Von bürgerlichem Protest war nichts zu sehen, aber junge Gegendemonstranten klapperten gleich neben der NPD-Kundgebung mit den Deckeln von Mülltonnen. An den Polizeisperren machten an die 300 Nazigegner mit lauter Stimme und Musikinstrumenten zudem großen Lärm. Eine Geräuschkulisse, die die Neonazis auf dem Europaplatz sichtlich nervte, denn trotz Lautsprecheranlage gingen die Redebeiträge von Christian von Velsen, Dennis Bührig aus Celle, Christian Worch, Thomas Wulff und Marcus Winter aus dem Weserbergland unter. Andreas Molau ließ sich entschuldigen, in Georgsmarienhütte wurde seine Botschaft an die Kameraden vom Band abgespielt. Der NPD-Direktkandidat für Vechta, Markus Pohl, fehlte ebenfalls. Pohl, kaufmännischer Angestellter mit Hooligan-Background, stammt ursprünglich aus Lengerich in Nordrhein-Westfalen. Gemeinsam mit seinem Zwillingsbruder setzte sich Pohl für den Aufbau der Neonazi-Strukturen in Münster, Steinfurt, Osnabrück und Vechta ein – immer in Kooperation zwischen Kameradschaften und Partei. Auf der Homepage der NPD-Niedersachsen wird stolz verkündet, dass die Unterstützerunterschriften für den Wahlkreis Vechta bereits zusammengekommen seien.

In der Lüneburger Heide dagegen wird noch eifrig gesammelt. Direktkandidat für den Wahlkeis Soltau-Fallingbostel will der Anführer der Kameradschaft „Snevern Jungs“, Matthias Behrens aus Schneverdingen werden. Angeblich will auch Stefan Klingbeils kandidieren. Unterstützung bekamen die Freien Nationalisten vom NPD-Strategen Peter Marx und dem Leiter des Bundesordnungsdienstes Manfred Börm aus Lüneburg.

„Keks für das Deutsche Reich“

Nachhilfe für die potenziellen Wahlkreis-Kandidaten scheint bitter nötig. Viele der heute bemüht bieder auftretenden Neu-NPDler tummelten sich vor kurzem noch auf Kameradschaftsabenden oder Skinhead-Partys. Ihre parteipolitische Erfahrung ist begrenzt, der bürgerliche Auftritt in der Öffentlichkeit ungewohnt. Ausgerechnet in NPD-Zielgebieten, wirtschaftlich schwächere Regionen wie an der Nordsee zwischen Wilhelmshaven und Wittmund, muss sich die Parteiführung auf Neonazis mit unrühmlichem Vorleben und politischer Unberechenbarkeit verlassen.

Gegen den neuen NPD-Chef in Wilhelmshaven, Nico Ahlrichs, wurde bereits mehrfach polizeilich ermittelt. Ahlrichs war wie Manuel Wojtczak in der „Freien Jugend Ostfriesland“, später „AG Wiking“, aktiv. Beide nahmen an einer Maibaum-Feier in Carolinensiel vor zwei Jahren teil. Nachdem der Maibaum in Form einer Lebensrune errichtet worden war, verlief die Party mit „Sieg Heil“-Gegröle und Neonazi-Musik. Auf Filmmaterial ist zu sehen, wie Ahlrichs in die Kamera schreit: „Ich esse diesen Keks für das Deutsche Reich!“, Wojtczak sogar beim Pogo-Tanz den Arm zum Hitlergruß erhebt. Der Freie Nationalist und Anführer der Kameradschaft AG Wiking will für den Wahlkreis Wittmund kandidieren. Der 1981 in Gardelegen geborene Wojtczak ist nach Recherchen von Stop-Rechts in Wilhelmshaven mehrfach verurteilt, unter anderem wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung, Beleidigung, Bedrohung und Hausfriedensbruch sowie wegen versuchter vorsätzlicher gefährlicher Körperverletzung – ausgesetzt zur Bewährung.

Gewalttaten von rechts gehen im Nordwesten unter, dort gibt es weder Opferberatungsstellen noch

mobile Einsatzteams. In Oldenburg läuft ein Prozess gegen einen 19-jährigen Neonazi aus Westerstede. Der Angeklagte schlug nach Ansicht der Staatsanwaltschaft mehrfach ältere Migranten auf der Straße, einem 15-Jährigen, der zur Hilfe kam, rammte er ein Springmesser in den Bauch. Während der Attacke beleidigte der Neonazi sein Opfer noch mit ausländerfeindlichen Parolen.

Den für die NPD interessanten Raum Cuxhaven decken erfahrene NPD-Wahlkämpfer wie Adolf Dammann und Fritz-Ulrich Bundt aus Stade mit ab. Der 1953 geborene Bundt, der auf Platz 10 der Landesliste kandidiert, blickt auf eine militante politische Vergangenheit zurück. Er war an mehreren Übergriffen beteiligt, pflegte nach Recherchen des Buchautors Jürgen Pomorin Kontakte zu Schlägerbanden, fuhr mit seinem Auto in eine Menschenmenge. Aus beruflichen Gründen bewegt sich der niedersächsische NPD-Schatzmeister als wichtiger Drahtzieher im Hintergrund, denn Bundt ist wie Dammann gelernter Bankkaufmann. Überhaupt versuchen viele der NPD-Kandidaten in Kleingewerbe und Mittelstand Fuß zu fassen. Es sind Bauunternehmer, Unternehmens- und Finanzberater, Antiquitätenhändler, Handwerker, Bäcker und ein Landwirt darunter. Ralf Tarnozek, der im Wahlkreis Bramsche bei Osnabrück kandidieren will, betreibt einen Armee- und Gotchashop.

Einen Hang zu Waffen haben auch die NPD-Wahlkämpfer Marc Reuter aus Bremervörde und Roman Greifenstein aus Munster bewiesen. NPD-Stadtrat Reuter gehörte zu den norddeutschen Führern des militanten „Stahlhelm-Kampfbund für Europa“, bei dessen Anhängern in der Pfalz Ende der 90er Jahre schwere Waffen gefunden wurden. Greifenstein saß Ende der 90er Jahre eine Haftstrafe wegen Gewaltdelikten ab, zuvor war er bereits mit Waffen aufgefallen. Greifenstein, der die „Freien Kräfte Munster“ im Internet mit der Reichsfahne in der Hand repräsentiert, will als Direktkandidat der NPD für den Wahlkreis Lüneburg antreten.

Hauptansprechpartner vonseiten der Freien Nationalisten ist für NPD-Spitzenkandidat Andreas Molau ein kleiner rothaariger Mann mit Nickelbrille: Dieter Riefling aus Hildesheim. Der überzeugte Anhänger des „Deutschen Reiches“ wirkt seit über 20 Jahren in der radikalen braunen Szene. Er war in der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (1995 verboten) und dem „Blood&Honour“-Netzwerk (verboten 2000) aktiv, führte die Kameradschaft Recklinghausen, sang in einer Skin-Band. Einem zivilen Polizisten zertrümmerte Riefling das Nasenbein. Seine Bewährung für Straftaten reichte bis Oktober 2004. Von Hildesheim aus steuert Riefling die Vernetzung der Freien Kräfte in Niedersachsen, bildet so genannte „Bürgerinitiativen für Zivilcourage“ und tritt als Direktkandidat für den Wahlkreis Hildesheim an.

„Ein Mann, der mit den Bürgern sprechen kann“

Ebenso rührig geht es zur Zeit in den Landkreisen Goslar und Osterode zu. Seitdem sich immer mehr Neonazis in Bad Lauterberg ansiedelten und dort auf alteingesessene bürgerliche NPD-Strukturen zurückgreifen können, wächst die rechte Szene dort mit einem hohen Maß an Selbstbewusstsein. Der ehemalige Skinhead Michael Hahn, der nach Verfassungsschutzangaben in der Vergangenheit auch an Schlägereien in Berlin beteiligt war, sitzt heute im Stadtrat von Bad Lauterberg. Allein vier Neonazis aus dem Ort sind auf der Landesliste der NPD vertreten, neben Hahn noch die Liedermacher Annett und Michael Müller, sowie der wegen Volksverhetzung verurteilte Carsten Steckel. In der Region gab es Übergriffe mit Verletzten, konspirative Veranstaltungen in einer Stammkneipe, eine Attacke auf einen aussteigewilligen Jugendlichen und jüngst ein gemeinsames Heldengedenken mit den Kameradschaften Northeim und Eichsfeld im Siebertal. In Harzvororten wie Vienenburg und Salzgitter bemühen sich NPDler und Kameradschaftsaktivisten, neue Strukturen aufzubauen.

Ruhig und ungestört lebt es sich in Groß Denkte, dem Wohnort des NPD-Spitzenkandidaten Andreas Molau im Landkreis Wolfenbüttel. Das Namensschild an dem unscheinbaren Einfamilienhaus ist Handarbeit aus Naturholz. Molau, schwärmt NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt, sei „ein Mann, der mit den Bürgern sprechen kann“. Ob der das in seiner Heimatgemeinde macht, bleibt fraglich. Dort scheint sich der NPD-Mann kaum einzubringen. Nur einer der Anwohner, direkt nebenan, kennt ihn: „Ein sehr netter Herr. Die NPD ist ja nicht verboten.“ Im Vereinsleben, weiß der stellvertretende Bürgermeister Jan-Christian Müller (Grüne), taucht „Herr Molau“ nicht auf.

Andrea Röpke/Andreas Speit

In Auflösung

Die Deutsche Partei zerlegt sich selbst.

Spätestens nach dem turbulenten Bundesparteitag der Deutschen Partei im Juni hatte sich angedeutet, dass die DP vor einer Zerreißprobe stand. Jetzt nehmen jene Kräfte, die Kooperationen mit noch weiter rechts stehenden Gruppierungen nicht abgeneigt sind, endgültig den Abschied. Nach einer zweiten „Strategiekonferenz" der beim Parteitag unterlegenen Seite erklärte Manfred Fischer, zuletzt stellvertretender Landesvorsitzender in Bayern, fast täglich träten Mitglieder aus. „Ganze Landesverbände haben die Arbeit eingestellt oder planen ihre Auflösung." Die jetzige Parteiführung nennt er in einem mit Beleidigungen gespickten Text „zutiefst antinational" und „undeutsch". Für Anfang 2008 sei die „Neugründung einer wahrhaften Deutschen Partei" geplant. Auch das im Sommer abgewählte Führungsduo Claudia Wiechmann und Ulrich Pätzold sucht das Weite: „Mit diesem Brief geben wir bekannt, dass das Projekt Deutsche Partei als Sammlungsbewegung Nationalfreiheitlicher gescheitert ist."

Alfred Kuhlemann, im Juni als Vorsitzender gewählt, wirbt derweil für einen „patriotischen konservativen Weg": Die Mitglieder der DP seien „demokratisch gesonnene deutsche Patrioten", verpflichtet „den Werten der Deutschen insbesondere und den Europäern allgemein". Seine Anhänger scheinen zu wissen, um welche Werte es geht. Als Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger kritisiert wurde, weil er die Schirmherrschaft des Landespresseballs am 9. November übernommen hatte, fand er die DP an seiner Seite. Josef Lenden, unter der alten Führung als Verfasser querulatorischer Forumsbeiträge aufgefallen und nun Autor von Mitteilungen der neuen Parteispitze, weiß, was das deutsche Volk denkt. „Herr Oettinger genießt das Vertrauen des Volkes und der Bundesrepublik Deutschland", notiert er und verrät nebenbei, wer auch nach Ansicht des „gemäßigten" Flügels der DP zu diesem Volk nicht so richtig dazugehört: „Die Deutsche Partei bittet den Zentralrat der Juden und vor allem die Präsidentin Charlotte Knobloch ihre Einmischung in innere Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland auf ein objektives Maß herunter zu schrauben."

Tomas Sager

Symbolisches Datum

Rechtsextremisten marschieren zum Volkstrauertag auf.

Für die rechtsextreme Szene waren ihre Aktionen zum Volkstrauertag in diesem Jahr nicht von Erfolg gekrönt. So haben sie erstmals die Mobilisierung zum Soldatenfriedhof von Halbe in Brandenburg aufgeben müssen. Dieser Ort war für Rechtsextremisten jahrelang bundesweit zum symbolischen Ort geworden. In den vergangenen Jahren hatten die Behörden mit Verordnungen und Auflagen den Rechtsextremisten Grenzen gezeigt. So verbietet das seit einem Jahr geltende Grabstättenversammlungsgesetz Aufmärsche und Kundgebungen rund um den Friedhof.

Die NPD sagte daher Anfang November eine geplante Kundgebung in Halbe ab. Die Veranstaltung am 18. November wurde vor das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst verlegt. An diesem Ort hatte die Spitze der Wehrmacht am 9. Mai 1945 die Kapitulationsurkunde unterschrieben. Vor etwa 140 Anhängern sprach der Berliner NPD-Landesvorsitzende Eckart Bräuniger vom beispiellosen Heldenmut der deutschen Soldaten und bestritt die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg.

Im sachsen-anhaltinischen Klötze wurde eine Kundgebung von NPD und Freien Kameradschaften von der Polizei aufgelöst, nachdem die Teilnehmer ein verbotenes Lied angestimmt hatten. Im niedersächsischen Vechta hatten sich etwa 70 Rechtsextremisten am Volkstrauertag zu einer NPD-Wahlveranstaltung getroffen, an der auch der bisher NPD-kritisch auftretende Freie Nationalist Christian Worch teilnahm. Weitere Redner waren der Celler Kameradschaftsvertreter Dennis Bührig und der NPD-Funktionär Thomas Wulff. In Rheinland-Pfalz forderten rund 150 Neonazis den Wiederaufbau eines Ehrenmals der SS in Marienfels.

Mit dem Wegfall des Symbolortes Halbe zeigte sich die rechte Szene zersplittert. Ähnlich wie anlässlich des Todestages von Rudolf Heß in Wunsiedel im August zeigt sich auch hier wieder, dass die braune Mobilisierung doch von solchen Symbolorten abhängig ist.

Peter Nowak

Seitenblick

Ungebetene Gäste

Betreibergesellschaft des Congress Center Hamburg (CCH) wehrt sich gegen die DVU.

Die Sache ist heikel. Die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) will kurz vor der Bürgerschaftswahl im städtischen Congress Center Hamburg (CCH) einen Saal mieten. Der Betreibergesellschaft ist das unangenehm. Es ist aber fraglich, ob sie die Propagandaveranstaltung der laut Verfassungsschutz „zentralistisch und autokratisch“ geführten Partei verhindern kann.

Die Vorgeschichte: Der Landesverband der von dem Münchner Verleger Gerhard Frey geführten Partei buchte im Oktober für den 17. Februar 2008 – eine Woche vor der Bürgerschaftswahl – einen Saal. In Erwartung einer Absage aus Termingründen hatte die DVU vorsorglich Ausweichtermine genannt und darauf hingewiesen, dass das CCH in diesem Zeitraum auch von der CDU und der SPD für Kundgebungen genutzt werde.

Anfang November kam die Absage. Der angefragte Saal sei zu den gewünschten Terminen „leider nicht verfügbar“, hieß es in einem Schreiben der Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC). Begründung: Es müssten „notwendige Arbeiten für den Abschluss des Bauvorhabens CCH-Erweiterung“ durchgeführt werden. Daher könnten keine Reservierungen mehr angenommen werden. „Lediglich bereits bestehende feste Buchungen werden noch erfüllt“, erklärte die HMC und wies damit schon im Vorweg den Vorwurf zurück, die Ablehnung könne etwas mit der rechtsextremen Ausrichtung der Partei zu tun haben.

Günther Schlemmer, Landeschef der DVU, wittert eine vorsätzliche Benachteiligung der „missliebigen Oppositionspartei“. Und da die zur Hansestadt gehörende Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH (HGV) Eigentümerin der HMC ist, pocht der DVU-Landesverband auf seinen „Anspruch auf Gleichbehandlung“. Der bestehe gemäß dem Parteiengesetz, so die Rechtsauffassung der DVU, „wenn ein Träger öffentlicher Gewalt den Parteien Einrichtungen zur Verfügung stellt“.

Deshalb wandte sich die Frey-Partei an Bürgermeister Ole von Beust (CDU) mit der Forderung, auf die HMC einzuwirken, dass sie ihr einen Saal im CCH zur Verfügung stellt. Sollte seine Aufforderung „fruchtlos bleiben“, drohte Schlemmer, werde er vor das Verwaltungsgericht ziehen.

Die zuständige Behörde für Wirtschaft und Arbeit hüllte sich zunächst in Schweigen. Inzwischen hat sie die Lösung des Problems mit den ungebetenen Gästen zurück an die Betreiberfirma des CCH delegiert. „Wir haben zu den von der DVU gewünschten Terminen definitiv keinen Saal frei“, sagt Karsten Broockmann, Sprecher der HMC und wehrt die Spekulationen der DVU über eine Benachteiligung mit dem Hinweis ab: „Es ist Fakt, dass das CCH erweitert wird.“ Umfangreiche Baumaßnahmen stünden an. „Ich begrüße, dass die Stadt ihre Kreativität einsetzt, um die Veranstaltung zu verhindern“, begrüßt GAL-Vizeparteichef Jens Kerstan den Griff in die Trickkiste. Von einem Verbot der DVU hält er nichts: „Ich setze auf die politische Auseinandersetzung.“

Der Rechtsanwalt und Sohn des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey Junior will nicht akzeptieren, dass seiner Partei die Tür zu öffentlichen Räumen der Stadt versperrt wird. Er baut auf eine einstweilige Anordnung, die das Verwaltungsgericht Bremen vor der dortigen Bürgerschaftswahl im Mai erlassen hatte („der Präzedenzfall“). Darin war die Stadthalle Bremerhaven mit Verweis auf das Gleichbehandlungsprinzip verpflichtet worden, der DVU Räumlichkeiten für eine Kundgebung zur Verfügung zu stellen.

Auch wenn die DVU es bis ins CCH schaffen sollte, für den Einzug in die am 24. Februar zu wählende Bürgerschaft wird es nicht reichen. „Die Partei ist außerordentlich schwach auf der Brust“, sagt der Hamburger Verfassungsschutzchef Heino Vahldieck (CDU). „Deren politische und organisatorische Potenz ist stark eingeschränkt.“ Die Partei zeigt in der Hansestadt kaum öffentliche Aktivitäten, die Mitgliederzahl sinkt – zuletzt um zehn auf heute 160. „Die werben aus lauter Verzweifelung sogar in breit gestreuten Postwurfsendungen um Kandidaten für die Bürgerschaft“, amüsiert sich Jens Kerstan, „sogar unser Bürgerschaftsabgeordneter Manuel Sarrazin hat so ein Schreiben bekommen – obwohl er schon Veranstaltungen gegen die NPD gemacht hat.“ *Volker Stahl*

Ausland

Vorwürfe und Beleidigungen

Die rechtsextreme Fraktion im Europaparlament hat sich aufgelöst – Nationalismus ist stärker als die „europäische Identität“.

„Wie gewonnen, so zerronnen“, besagt ein Sprichwort. So erging es jüngst den Rechtsextremen im Europäischen Parlament: Ihre gemeinsame Fraktion, ihr ganzer Stolz seit ihrem Zustandekommen im Januar 2007, löste sich am 14. November offiziell auf. Nachdem sechs Abgeordnete die Fraktion verlassen hatten, ging diese ihres Status' – und der damit zusammenhängenden technischen und finanziellen Mittel, über eine Million Euro jährlich – verlustig. Die Ankündigung des Verschwindens der rechtsextremen Abgeordnetengruppe erfolgte unter dem Applaus der übrigen Europaparlamentarier, auf den der französische Rechtsaußenpolitiker Jean Marie Le Pen reagierte, indem er einem österreichischen Abgeordnetenkollegen den „Stinkefinger“ zeigte.

Letztendlich scheinen die Widersprüche, die aus dem Nationalismus der Repräsentanten der rassistischen und ultrachauvinistischen Parteien ihrer jeweiligen Länder erwuchsen, doch stärker als das Gemeinsame gewesen zu sein. Zwar bestehen zwischen diesen politischen Kräften erhebliche Gemeinsamkeiten in der Frontstellung gegen alle außereuropäischen Immigranten und gegen „den Islam“, zum Teil auch in antjüdischen Verschwörungstheorien. Aber nicht alle Einwanderer in den Staaten der EU sind außereuropäischen Ursprungs... Doch der Reihe nach.

Unter dem Titel „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) und unter dem Vorsitz des französischen rechtsextremen Politikers Bruno Gollnisch vom Front National stehend, fasste die gemeinsame Fraktion Vertreter aus Frankreich, Belgien/Flamen, Italien (unter anderem mit der Traditionsfaschistin Alessandra Mussolini), Österreich (mit Andreas Mölzer als einzigem FPÖ-Abgeordneten im EP), Bulgarien, Rumänien und Großbritannien zusammen. Dank des EU-Beitritts Rumäniens und Bulgariens zum 1. Januar 2007 konnten die extremen Rechten die erforderliche Anzahl von über 19 Abgeordneten für die Erringung des Fraktionsstatus erreichen. Und nun sind es just die rumänischen Rechten, dank deren Ankunft die Erringung des Fraktionsstatus erst möglich wurde und die immerhin 5 Abgeordnete im Europaparlament stellen, die am 8. November aus dem gemeinsamen Haus auszogen.

Was war passiert? In den 14 Tagen zuvor hatten in Italien massive polizeiliche Maßnahmen, aber auch „Vergeltungsaktionen“ von aufgehetzten Teilen oder Rändern der Gesellschaft gegen Einwanderer aus Rumänien stattgefunden. Vorausgegangen war die Ermordung einer italienischen Hausfrau durch einen Kriminellen, mutmaßlich einen Rom aus Rumänien. Die Europaabgeordnete Alessandra Mussolini wetterte daraufhin pauschal gegen Rumänen: Diese hätten „aus der Kriminalität ihren Lebensstil gemacht“ und seien, anscheinend von Geburt her, „unfähig, Gesetze zu respektieren“. Sie forderte gar den sofortigen Abzug des rumänischen Botschafters aus ihrem Land. Daraufhin stellten sich die wütenden Parlamentarier der rechtsextremen „Großrumänienpartei“ PRM schützend vor ihre beleidigten Landsleute. Die rumänischen Ultranationalisten haben zwar nichts dagegen, gegen die diskriminierte Minderheit der Roma zu hetzen, was sie selbst eifrig tun, wollen Letztere aber deutlich von sonstigen beziehungsweise „echten“ Rumänen unterschieden wissen. Diesen Unterschied bei ihren Angriffen nicht aufgemacht zu haben, werfen sie der Duce-Enkelin heftig vor. Allesandra Mussolini erklärte kurz darauf ihren eigenen Austritt aus der bisherigen gemeinsamen Fraktion – die sechste Abgeordnete, die ihr binnen weniger Tage den Rücken kehrte.

Die Ironie der Geschichte: Eine frühere rechtsextreme Fraktion im Europaparlament in den Jahren 1989 bis 1994 war unter anderem deswegen zerfallen, weil die Vertreter des italienischen neofaschistischen MSI sich nicht straff genug zur „Einwanderungsfrage“ positionieren mochten. Die damaligen Europaabgeordneten der Republikaner hatten auf den „deutschen Charakter Südtirols“ gepocht und damit einen Streit mit den italienischen Neofaschisten ausgelöst. Die französischen FN-Abgeordneten näherten sich den Republikanern an, da die stärkere Gemeinsamkeiten mit ihnen zur „Einwanderungsproblematik“ aufwiesen. Der MSI war seinerzeit vor allem in Süditalien verankert, und dieses begriff sich damals noch eher als Auswanderungs- denn als Einwanderungsgesellschaft.

Bernhard Schmid

Militanter „Widerstand“

Die braune Szene in Tschechien umfasst rund 5000 Personen – Kontakte gibt es zu bundesdeutschen Rechtsextremisten.

Rund 100 Neonazis folgten am 17. November dem Aufruf der tschechischen „Autonomen Nationalisten“ zur Demonstration in der Innenstadt von Prag. Aufmarschiert wurde unter dem Motto „Letzter Abschied von der Wortfreiheit“. Die Redner kritisierten dabei unter anderem das Vorgehen der Behörden und der Polizei, die einen europaweit beachteten Neonazi-Protestmarsch am 10. November verhindert hatten. Am Jahrestag der Reichpogromnacht wollten die tschechischen Jungen Nationaldemokraten (Mladi Narodni Demokrate) im alten Jüdischen Viertel in Prag eine verbotene Demonstration abhalten. Offiziell sollte gegen den Krieg im Irak protestiert werden. In einem Aufruf hieß es jedoch, dass es Zeit wäre, dass Rabbiner wieder schwarz-weiß-rote Fahnen sehen müssten.

Tausende Gegendemonstranten und starke Polizeikräfte verhinderten den Marsch der 300 bis 400 Neonazis, deren Gros von der Polizei bereits am Stadtrand festgehalten und in Gewahrsam genommen wurde. Unter den Teilnehmern der geplatzten Demonstration waren landesweit bekannte Neonazis wie Erik Sedlacek und Petr Kalinovsky. Kalinovsky ist Sprecher der größten tschechischen Neonazi-Organisation „Nationaler Widerstand“ (Narodni Odpor), zu deren organisatorischem Umfeld auch die Jungen Nationaldemokraten gezählt werden. Kalinovsky droht eine Anklage, da er während des braunen Spektakels in der Nähe der Juristischen Fakultät mit einer Gaspistole geschossen hat. Maßgeblich hatte der „Nationale Widerstand“ zu der Demonstration getrommelt. Der Aufmarsch im Jüdischen Viertel, eine bewusste Provokation seitens der Neonazis, sorgte wochenlang für internationales Aufsehen – auch in Israel. Zugegen in Prag waren auch Gleichgesinnte aus der Slowakei und der Bundesrepublik.

Rechtsextremisten liefern seit Jahren immer wieder Schlagzeilen in Tschechien. In der Nacht zum 4. November dieses Jahres stürmte die Polizei ein rechtsextremes Konzert in der westtschechischen Stadt Nove Hamry. Dabei wurden zwei Polizisten verletzt. Eine Demonstration von 400 Neonazis am 1. Mai 2007 in Brünn löste die zum Teil schwer gepanzerte und berittene Polizei auf.

Der „Nationale Widerstand“ wurde im Jahr 2001 von ehemaligen Kadern der Neonazi-Skintruppe „Blood&Honour“ gegründet. Die Gruppierung hat mehrere hundert Mitglieder mit Schwerpunkten in Prag, Ostrau und Brünn. Mitglieder und Sympathisanten des „Nationalen Widerstandes“ bekennen sich zur NS-Ideologie und ihren Idolen Adolf Hitler sowie Rudolf Heß.

Die extrem Roma-feindliche Vereinigung hetzt gegen die wenigen farbigen Asylbewerber in Tschechien und verehrt Holocaust-Leugner. So schickte der Nationale Widerstand am 27. Januar 2007, dem Holocaust-Gedenktag, einen Offenen Brief an die „lieben Freunde in der islamischen Republik Iran“. In dem Schreiben wird den USA in verschwörungstheoretischer Manier unterstellt, „Israel-regiert“ zu sein, Israel als „krimineller Staat“ diffamiert, der von „Psychopathen“ geführt werde. Am 26. August 2006 demonstrierten drei Dutzend Neonazis des „Widerstands“ mit Messern, Schlagstöcken und anderen Waffen bewaffnet, vor der Botschaft Israels in Prag. Die Polizei beschlagnahmte die Waffen und verhaftete die Teilnehmer. Zu den Festgenommenen zählte auch der rechtsextreme Polizist Milan Tobias.

Solidarität mit Holocaust-Leugnern

Lauthals forderten 70 Anhänger des „Nationalen Widerstandes“ am 28. Oktober 2005 vor der bundesdeutschen Botschaft in Prag die Freilassung des in Mannheim inhaftierten Antisemiten und Holocaust-Leugners Ernst Zündel. Der 21-jährige Neonazi Antonin Cermak leugnete bei der Demonstration öffentlich den Holocaust und wurde als Folge im Juni 2006 zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Damit wurde erstmals ein Tscheche wegen Holocaustleugnung in seinem Land verurteilt. Solidarisch zeigten sich die Neonazis auch mit dem britischen Holocaust-Leugner David Irving. 50 Neonazis bekundeten am 10. Dezember 2005 vor der österreichischen Botschaft in Prag ihre Solidarität mit dem in Wien einsitzenden Irving.

In einschlägigen Kreisen ist der „Nationale Widerstand“ für die Organisation von Konzerten bekannt. So organisierten die Neonazis am 17. September 2005 in Krtetice ein Gedenkkonzert für Ian Stuart Donaldson, Ex-Frontmann der Neonazi-

Skinband „Skrewdriver“. Vor Ort waren 500 Neonazis aus Tschechien, Österreich und der Bundesrepublik. Aufgespielt wurde unter anderem von der nordrhein-westfälischen Neonazi-Band „Oidoxie“. Der Prager Geheimdienst konstatierte damals, dass tschechische Neonazis immer öfter Strategien von Gleichgesinnten aus der Bundesrepublik kopieren.

Die in sich zersplitterte rechtsextreme Szene in Tschechien, die bislang auf keine charismatischen Führergrößen zurückgreifen kann, umfasst nach Angaben des tschechischen Verfassungsschutzes bis zu 5000 Personen. Dazu zählt auch die rechtsextreme außerparlamentarische Nationalpartei (Narodni strana). Deren Parteigänger demonstrierten am 2. Juni 2007 am tschechisch-österreichischen Grenzübergang Wullowitz gegen die „Einmischung Österreichs in tschechische Angelegenheiten“. Geführt wird die Partei von Petra Edelmannova. Diese gab im Oktober 2007 die Gründung einer paramilitärischen „National-Garde“ (Narodni garda) bekannt. Einer der Führungsköpfe der Nationalpartei ist Jan Skacel. Bei der Demonstration seiner Partei vor dem Prager Büro der Sudetendeutschen Landsmannschaft im März 2006 führte Skacel aus: „Nichts anderes als die Nation hat ein Recht auf Existenz.“

Tschechische Neonazis pflegen seit einigen Jahren Kontakte zu Gleichgesinnten in der Bundesrepublik. Am 8. September fanden sich mehrere Tschechen beim NPD-„Fest der Völker“ im thüringischen Jena ein. Am 25. August 2006 löste die Polizei eine Neonazi-Veranstaltung im Gasthof „Goldener Hirsch“ im sächsischen Oberlauterbach auf. 250 Neonazis aus Tschechien und der Bundesrepublik hatten sich dort versammelt. Bei einer von Christian Worch angemeldeten Demonstration am 1. Mai 2006 in Leipzig trat auch ein tschechischer Neonazi als Redner auf. Die braune deutsch-tschechische Connection ist jedoch von brüchiger Natur. Im August 2004 verweigerte der Neonazi-Guru Jürgen Rieger einem Vertreter des tschechischen „Nationalen Widerstands“, ein Grußwort an die Teilnehmer des Rudolf-Heß-Gedenkmarsches in Wunsiedel zu überbringen. Die tschechischen Kameraden sollten sich zuvor ausdrücklich von den Verbrechen der Tschechen an den Deutschen vor 1933 und nach 1945 distanzieren. Das Grußwort entfiel daraufhin.

Anton Maegerle

Grauzone

Im Zwielicht

Rechte Karriere eines Wissenschaftlers.

Michael Friedrich Vogt (54), seit 1998 Honorarprofessor am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaften in Leipzig, hat wegen Rechtsextremismus-Vorwürfen seine Lehrveranstaltungen eingestellt. Die Institutsleitung behält sich eine Entlassung des Medienwissenschaftlers vor. Am 26. September 2007 tauchte der Name von Vogt auf einer Pressemitteilung der jetzt aufgelösten rechtsextremen ITS-Fraktion im Europäischen Parlament auf. Unterzeichner der Erklärung „Gemeinsam für ein Europa der Vaterländer“ sind neben anderen Harald Neubauer, Mitherausgeber des rechtsextremen Monatsblatts „Nation&Europa“ und die Szeneanwältin Gisa Pahl.

Vogt wird weiter vorgeworfen, gemeinsam mit Olaf Rose, heute parlamentarischer Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, geschichtsrevisionistische Filme produziert zu haben. Das bekannteste Machwerk dieser Art ist der Film „Geheimakte Heß“. Der damalige britische Premier Winston Churchill sei schuld, so die These, dass der Zweite Weltkrieg nicht schon 1941 beendet wurde, weil er auf ein angebliches Friedensangebot von Heß nicht eingegangen sei. Den Film zeigte „Bundesbruder Vogt“, so die „DanubenZeitung“, auch bei den von der extrem rechten Münchner Burschenschaft Danubia ausgerichteten 22. Bogenhausener Gesprächen im Februar 2005.

1973 rief Vogt in der damals rechtsextremen Zeitschrift „Mut“ zur „Solidarität aller europäischen Nationalen“ auf. Als Mitglied der Danubia erklomm Vogt das Amt des Sprechers der Deutschen Burschenschaft. Im April 1985 war Vogt einer der Referenten des „Norddeutschen Forums“ im Lüneburger Schützenhaus, mit dabei neben anderen der französische Rechtsextremist Alain de Benoist. 1986 steuerte Vogt für das „Handbuch der deutschen Nation“, herausgegeben vom rechtsextremen Verlagskomplex Grabert/Hohenrain, einen Beitrag bei. 1990 tauchte Vogt als Autor in „Europa“, dem Sprachrohr des rechtsextremen Nationaleuropäischen Jugendwerks auf.

Anton Maegerle

Blick in die Zeitgeschichte

Fluchtziel New York

Zahlreiche Verfolgte des Naziregimes konnten mit Hilfe organisierter Rettungsaktionen nach Übersee gelangen - eine Ausstellung und der Begleitband veranschaulichen die Situation der Exilanten.

„Auslieferung auf Verlangen" überschrieb Varian Fry (1907 – 1967) seinen 1945 zuerst in New York veröffentlichten und 1986 auf Deutsch erschienenen Bericht über die von ihm 1940/1941 organisierte Rettung zumeist deutscher Emigranten aus Marseille. Der Titel zitiert das am 22. Juni 1940 unterzeichnete deutsch-französische Waffenstillstandsabkommen, das zahllose Emigranten, die sich in den unbesetzten Teil Frankreichs flüchten konnten, in Angst und Schrecken versetzte, weil sich die Vichy-Regierung darin verpflichtete, „alle in Frankreich ... befindlichen Deutschen, die von der deutschen Reichsregierung namhaft gemacht werden, auf Verlangen auszuliefern". 1985 erschien „Mein Weg über die Pyrenäen", Erinnerungen von Lisa Fittko, eine von Frys Mitstreiterinnen, die zusammen mit ihrem Mann über 300 Verfolgte auf einem genau ausgearbeiteten Fluchtweg über die Ziegenpfade der Pyrenäen lotste, der damals einzigen Möglichkeit, um via Lissabon nach Übersee zu gelangen: Viele der Geretteten haben sich in ihren Autobiographien dankbar daran erinnert.

Ihren Anfang nahm diese Rettungsaktion für insgesamt 1800 Personen im Juni 1940 in New York, mit der Gründung des „Emergency Rescue Comittee", das Spendengelder einsammelte und – Ingrid Warburg-Spinelli als aktiv Beteiligte hat darüber 1990 berichtet – im Juli 1940 beschloss, den jungen Journalisten Fry nach Marseille zu schicken, um dort legale und illegale Hilfe für die bedrohten Emigranten zu leisten.

Der Berliner Verein Aktives Museum e.V. hat nun in zweijähriger Arbeit zahlreiche bekannte und unbekannte Quellen ausgewertet und daraus eine außerordentlich gelungene Ausstellung gestaltet, die das verstreute und vielfach nur dem Spezialisten bekannte Material gründlich und abwechslungsreich präsentiert. Fotos, Dokumente und treffende Zitate, in eine Ausstellungsarchitektur integriert, die das Gefühl der Emigranten, in einer Mausefalle zu sitzen, ganz unmittelbar veranschaulicht, zeichnet sie die Fluchtwege und das Exilschicksal von 60 Protagonisten nach; bekannte und weniger bekannte, darunter Schriftsteller, Künstler, Politiker, Journalisten, und andere, die aufgrund ihres antifaschistischen Engagements gesucht oder die als Juden verfolgt wurden. Berlin – Paris – Marseille sind die einzelnen Stationen; der letzte Raum ist New York, dem Fluchtziel für viele, gewidmet.

Zu sehen ist, so Christine Fischer-Defoy, die Vorsitzende des Vereins, gleichwohl nur ein Bruchteil des gesammelten Materials. Unentbehrlich ist deshalb der Begleitband, zweisprachig deutsch-englisch wie die Ausstellung und ein wahres Kompendium. Er enthält 21 Beiträge, Themen sind unter anderem die Biographie von Fry, seiner Helfer und Weggefährten, die Arbeit der Fluchthilfeorganisationen, die Rettung verfolgter Schriftsteller und Publizisten wie der Ehepaare Feuchtwanger und Kracauer. Ausführlich und kenntnisreich werden außerdem die politische und rechtliche Situation der Exilanten in Frankreich, die organisierte Hilfe in Frankreich und den USA sowie die Situation der Emigranten in Spanien und Portugal behandelt. Ein biographischer Anhang von 67 Seiten, Glossar, Literaturverzeichnis und Personenregister erhöhen noch den Gebrauchswert.

Die Ausstellung ist noch bis zum 30. Dezember 2007 in der Akademie der Künste, Pariser Platz 4, Berlin-Mitte, zu sehen. Der Eintritt ist frei. Die Akademie, die an der Ausstellung beteiligt ist, erinnert damit auch daran, dass die 1933 vertriebenen Mitglieder ihrer Vorgängerorganisation, der Preußischen Dichterakademie – Alfred Döblin, Leonhard Frank, Heinrich Mann und Franz Werfel – Varian Fry und seinen Helfern ihr Leben verdankten.

Theo Meier-Ewert

Ohne zu zögern ... Varian Fry, Berlin – Marseille – New York, Redaktion Angelika Meyer und Marion Neumann, 493 Seiten, 250 Abbildungen, 20 Euro. Erhältlich in der Buchhandlung Fürst in der Akademie der Künste und über die Geschäftsstelle des Museums, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin, Tel. 030 2639890-39, Fax -60; info@aktives-museum.de

Der Wilhelmstraße-Prozess

Der letzte Versuch vor 60 Jahren, hohe Funktionäre die NS-Staates zur Verantwortung zu ziehen, ist weitgehend gescheitert.

Ein breites Interesse am „Dritten Reich" war 1947 gewichen, im Focus der Öffentlichkeit stand nicht mehr die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und die zwölf Jahre Nationalsozialismus. In den vielfach zerstörten Städten hatte der Wiederaufbau begonnen, in Westdeutschland nahmen die Landesparlamente und -regierungen ihre Arbeit auf. Die Spitzen des Dritten Reiches waren von Internationalen Gerichten zur Verantwortung gezogen worden. Gespannt schaute die Öffentlichkeit auf die weitgehend beendeten Beratungen des Parlamentarischen Rates auf der Insel Mainau im Bodensee über die neue deutsche Verfassung, das Grundgesetz. Frankfurt am Main und Bonn wollten Bundeshauptstadt werden. Die Entscheidung wurde bekanntlich zu Gunsten Bonns gefällt.

Da platzte vor 60 Jahren eine Mitteilung aus Nürnberg wie eine Bombe in die frühe Nachkriegsgesellschaft. In Kürze werde die Hauptverhandlung gegen 19 ehedem hohe Beamte des Dritten Reiches eröffnet. Das war am 2. November 1947. Wenige Tage später wurde die Liste um zwei Namen auf 21 ergänzt. Die Männer sind historisch unbedeutend. Einer freilich könnte noch in Erinnerung sein: Ernst von Weizsäcker, Staatssekretär des Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop. Ihm und den anderen Beschuldigten wurde unter anderem vorgeworfen: Vorbereitung eines Angriffskrieges, verbrecherische Kriegführung, Misshandlung von Angehörigen der Krieg führenden Mächte, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verfolgung von Juden, Katholiken und „anderen Minderheiten", Plünderungen in besetzten Ländern und vieles mehr.

In der Reihe der Nürnberger Prozesse war es ein letzter Versuch, hohe Funktionäre des NS-Staates zur Verantwortung zu ziehen – aus heutiger Sicht ein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen. Denn so viele höchst unterschiedliche Verbrechen konnten gar nicht in einem Verfahren untersucht und gewertet werden. Damit waren die Richter als auch die Ankläger überfordert. Entsprechend verwirrend verlief die Hauptverhandlung zwischen dem 6. Januar 1948 und den Urteilen vom April 1949.

Um die Schwierigkeiten der Beweiserhebung an Beispielen zu zeigen: Neben von Weizsäcker saß Ernst Wilhelm Bohle, der Chef der Auslandsorganisation der NSDAP, ein Bauernführer neben dem ehemaligen deutschen Botschafter in Ungarn, ein Wirtschaftsexperte neben einem Staatssekretär. Es war eine Art von Sammelsurium, das nicht in einem Verfahren überzeugend beendet werden konnte. Die Urteile lagen denn auch zwischen zwei Freisprüchen und 25 Jahren Haft, von denen nicht eine einzige verbüßt werden musste.

Dennoch gibt es Gründe, an diesen letzten Nürnberger NS-Prozess zu erinnern. Zum ersten Mal setzte sich nämlich ein deutscher Politiker öffentlich mit einem US-Urteil kritisch auseinander und forderte die Haftentlassung eines Verurteilten. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold (CDU) verlangte Ende Juli 1949 in einer Rede, Ernst von Weizsäcker aus der Haft zu entlassen. Der Mann sei unschuldig und sitze zu Unrecht in Landsberg als Kriegsverbrecher ein. So traten drei an den Urteilen beteiligte US-Richter erneut zusammen und setzten mehrere Strafen deutlich herab. Doch damit war die Debatte nicht beendet. Arnold engagierte sich zum zweiten Mal im August 1950. Daraufhin zog der Hochkommissar für die amerikanische Besatzungszone, John McCloy, die Angelegenheit an sich und ordnete die Haftentlassung von Weizsäckers an. Dies auch deshalb, weil zu dieser Zeit bereits über einen deutschen Beitrag im westlichen Verteidigungsbündnis diskutiert wurde.

Anfang der 50er Jahre gab es keine NS-Täter mehr in US-Haft. Die große „Gnadenarie" hatte unter alles einen Strich gezogen, bilanzierte US-Ankläger Robert M. W. Kempner zu Recht verbittert. Gerade ihm war nämlich ein Fund gelungen, der bis heute den Holocaust an den europäischen Juden eindeutig belegt. Seine Mitarbeiter hatten in Berlin in den Akten des Auswärtigen Amtes das einzige erhalten gebliebene Protokoll der Wannseekonferenz vom Januar 1942 gefunden, in der die Organisation der „Endlösung" geregelt worden war. Die „Organisation", nicht die „Endlösung" selbst, denn die hatte längst begonnen. Sie kam auch vor 60 Jahren im Wilhelmstraße-Prozess zur Sprache, der so heißt, weil das Auswärtige Amt, aus dem etliche Angeklagte kamen, seinen Sitz in der Berliner Wilhelmstraße hatte.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

„Sturm 34"-Rädelsführer verurteilt

Chemnitz – Der Neonazi Tom Woost hat vor dem Chemnitzer Landgericht seine Berufung gegen ein Urteil des Hainichener Amtsgerichts zurückgezogen. Das Amtsgericht Hainichen hatte Woost im Juni dieses Jahres wegen seiner Teilnahme an „Streifen für ein ausländerfreies Mittweida" zu einer neun-monatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Das Schöffengericht sah es als erwiesen an, dass Woost während einer so genannten „Stadtstreife" an einem Überfall auf einen türkischen Imbiss in Mittweida im Februar 2005 beteiligt war. Damit ist das Urteil gegen den „Sturm 34"-Rädelsführer rechtskräftig. Die Neonazi-Kameradschaft „Sturm 34" wurde im März 2006 gegründet und am 26. April 2007 unter anderem wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten. Laut Verbot handelte es sich bei der Kameradschaft um eine Gruppierung, deren Ziel es war, Mittweida und Umgebung von politisch Andersdenkenden und Ausländern zu befreien. Vor dem Chemnitzer Amtsgericht geht der zweite Prozess gegen Woost weiter. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Neonazi gefährliche Körperverletzung, Bedrohung, Nötigung und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Kennzeichen vor. (am)

„Winterhilfswerk" der NPD

Frankfurt – Die NPD in Hessen hat den Start ihrer „Aktion Winterhilfe" angekündigt. Laut Nationaldemokraten wolle man deutsche Obdachlose in der kältesten Jahreszeit mit Kleider- und Sachspenden unterstützen. Liest und hört man solche Dinge, denkt man unwillkürlich an das im September 1933 von den Nationalsozialisten ins Leben gerufene Winterhilfswerk. (hf)

Finanzielle „Nothilfe"

Mannheim – Der Holocaust-Leugner Germar Rudolf wendet sich in einem Bettelbrief an seine Anhänger. Eine von ihm geplante „Prozessdokumentation" werde vorerst nicht erscheinen, teilt Rudolf, wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung vom Landgericht Mannheim im März 2007 zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt, seinen Anhängern in dem Schreiben mit. Sie sei noch nicht fertig, und es werde juristisch geprüft, „ob und wie diese veröffentlicht werden kann". Damit falle für ihn aber auch eine erhoffte Einnahmequelle aus. Rudolf geht seine Anhänger nun um eine finanzielle „Nothilfe" für sich und seine Familie an. Gesammelt wird das Geld von Rolf Kosiek, stellvertretender Vorsitzender der „Gesellschaft für freie Publizistik" und Mitarbeiter des Grabert-Verlags, bei dem Rudolf in den 90er Jahren publizierte. Rudolf dankt in dem Schreiben für die bisher erfahrene Solidarität der Szene, „die mir eine unverzichtbare Stütze auf meinem schwierigen Weg zur Erarbeitung und Verbreitung geschichtlicher Forschungsergebnisse ist, die es meiner Ansicht nach wert waren, sind und bleiben, der Welt mitgeteilt zu werden". (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de